SCHUSTER: Kein Platz für Geheimgefängnisse - Menschen vor dem 'Verschwindenlassen' schützen

SCHUSTER: Kein Platz für Geheimgefängnisse - Menschen vor dem "Verschwindenlassen" schützen

Zum morgigen Internationalen Tag der Opfer des Verschwindenlassens erklärt die Sprecherin für Menschenrechte und humanitäre Hilfe der FDP-Bundestagsfraktion Marina SCHUSTER:Zu oft können wir beobachten, dass das Verschwindenlassen von Personen weltweit als Mittel der Einschüchterung zum Einsatz kommt. Die Zahl neuer Fälle von Verschwindenlassen bleibt hoch, gerade in Ländern wie Kolumbien, Pakistan und den Philippinen. Die FDP-Bundestagsfraktion fordert anlässlich des Internationalen Tages der Opfer des Verschwindenlassens, gegen dieses Verbrechen gegen die Menschlichkeit stärker vorzugehen. Ebenso wenig darf es in Europa in Zukunft Platz geben für Geheimgefängnisse oder ähnliche Mittel der Repression. Es ist daher von größter Wichtigkeit, dass die in der Vergangenheit vom US-Geheimdienst CIA unterhaltenen Geheimgefängnisse auf europäischem Boden nun durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) aufgearbeitet werden. Verschwindenlassen wird häufig als Strategie angewendet, um Angst innerhalb einer Gesellschaft zu verbreiten. Und dies nicht nur von Regierungen - auch Terrorgruppen bedienen sich dieses Mittels. Das Gefühl der Verunsicherung ist nicht nur auf die nahen Verwandten der Verschwundenen beschränkt - es wirkt sich auch auf die Gesellschaft als Ganzes aus. "Verschwundene" Personen werden oft gefoltert und aller ihrer Rechte beraubt. Häufig genug werden die Opfer nie freigelassen; ihr Schicksal bleibt oftmals für immer unbekannt. Deutschland hat sich aktiv an den Verhandlungen zur rechtsverbindlichen UN-Konvention gegen Verschwindenlassen beteiligt und die Erarbeitung konstruktiv unterstützt. Wir haben sie bereits 2009 ratifiziert. Weder Krieg, Kriegsgefahr, politische Instabilität noch ein anderer öffentlicher Notstand dürfen als Rechtfertigung zum Verschwindenlassen von Personen herangezogen werden. Mit der Möglichkeit der Individualbeschwerde gibt die Konvention Opfern auch in Deutschland ein wichtiges Mittel an die Hand: bei Verletzung des Übereinkommens durch einen Vertragsstaat können Bürgerinnen und Bürger seit 2012 bei den Vereinten Nationen Beschwerde einlegen.

Freie Demokratische Partei (FDP)
Thomas-Dehler-Haus, Reinhardtstrasse 14
10117 Berlin
Deutschland
Telefon: 030-288772-0
Telefax: 030-288772-22
Mail: redaktion@liberale.de
URL: http: //www.fdp.de
<img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=542937" width="1" height="1">

Pressekontakt

Freie Demokratische Partei (FDP)

10117 Berlin

fdp.de
redaktion@liberale.de

Firmenkontakt

Freie Demokratische Partei (FDP)

10117 Berlin

fdp.de
redaktion@liberale.de

Eine Geschichte als Herausforderung.Der Liberalismus begann seinen historischen Weg als Philosophie der Freiheit und als politische Bewegung für die Rechte des Einzelnen. Die Willkürherrschaft des Absolutismus stand im Widerspruch zur Idee einer freiheitlichen Gesellschaft. Mit dem Verfassungsstaat hat der Liberalismus den Absolutismus überwunden. Als erste politische Bewegung hat der Liberalismus dem einzelnen Bürger, seiner menschlichen Würde und seinen Menschenrechten der Freiheit und Gleichheit Vorrang vor der Macht des Staates eingeräumt. Schritt für Schritt verwirklichten Liberale den modernen Verfassungsstaat mit individuellen Grundrechten, der freien Entfaltung der Persönlichkeit, dem Schutz von Minderheiten, der Gewaltenteilung und der Rechtsbindung staatlicher Gewalt.Der Liberalismus hat als Freiheitsbewegung nicht nur für die Gleichheit vor dem Gesetz gekämpft, sondern auch für Chancengleichheit in der Gesellschaft. Mit der Marktwirtschaft und ihrer sozialen Verpflichtung hat der Liberalismus neue Chancen gegen Existenznot und konservative Erstarrung der gesellschaftlichen Strukturen eröffnet.Die liberale Verfassung unserer Bundesrepublik Deutschland hat mehr demokratische Stabilität, mehr allgemeinen Wohlstand, mehr soziale Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit hervorgebracht, als dies je zuvor in der Geschichte der Fall gewesen ist. Und dennoch ist die Idee der Freiheit den schleichenden Gefahren der Gewöhnung und Geringschätzung ausgesetzt. Weniger Teilhabe am demokratischen Staat, weniger Chancen für ein selbstbestimmtes Leben durch weniger Chancen auf einen sicheren Arbeitsplatz, Entmündigungen durch kollektive Zwangssysteme und bevormundende Bürokratie sind neue Bedrohungen der Freiheit. Liberale haben nach 1945 der Idee der Freiheit zum erneuten Durchbruch verholfen. Die FDP war stets der Motor für Reformen, wenn es um Richtungsentscheidungen zugunsten der Freiheit ging. Nur durch die FDP konnte in den fünfziger Jahren die Soziale Marktwirtschaft gegen die Sozialdemokraten und Teile der Christdemokraten durchgesetzt werden. Nur durch die FDP konnte sich in den siebziger Jahren mehr Bürgerfreiheit gegen konservative Rechts- und Gesellschaftspolitik durchsetzen. Die Liberalen waren Vorreiter für die Demokratisierung und Liberalisierung der Gesellschaft, gegen obrigkeits- staatliche Bevormundung und Engstirnigkeit. Unsere Politik der marktwirtschaftlichen Erneuerung in den achtziger Jahren brachte neue Arbeitsplätze und mehr Wohlstand für mehr Bürger.Ein großer Teil des Widerstands gegen das sozialistische Staatswesen erwuchs aus der Attraktivität des freiheitlich-liberalen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems. Das in den europäischen Integrationsprozeß eingebettete, vereinte Deutschland ist das freiheitlichste unserer Geschichte.